

**Kreisverband Oberberg
Kreisgeschäftsstelle**

Kölner Straße 296
51645 Gummersbach
TEL (0 22 61) 2 45 40
FAX (0 22 61) 2 86 95

Mo 15-19, Mi 15-17, Do 10-15 Uhr

Bus: Linie 301 (Niederseßmar/Post)
Linie 302/310 (Ahlefelder Straße)

www.gruene-oberberg.de

Frank Remmel, Kreisgeschäftsführer
gruene.oberberg@t-online.de

René Bongartz, Vorstandssprecher
TEL (0 22 93) 902 637 FAX 7076
gruene@rene-bongartz.de

16. März 2006

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kölner Straße 296 51645 Gummersbach

An die Presse in Oberberg**Gegen den verkehrspolitischen Kahlschlag von CDU und FDP**

Der CDU-Landtagsabgeordnete Löttgen lässt es sich nicht nehmen, die mögliche Streichung der oberbergischen Bahnstrecken aus dem zukünftigen Infrastrukturbedarfsplan NRW lautstark als Teilerfolg für Oberberg zu feiern.

Nach dem Motto „bloß schnell abwickeln“ sollen ohne Rücksicht auf Verluste zulasten der Bevölkerung und der gesamtwirtschaftlichen Zukunft unserer Region in Windeseile Fakten geschaffen und die Option auf Erhalt der Trassen einseitig und endgültig vernichtet werden. Dies kann nicht im Sinne des Gemeinwohls sein!

Die Eile bzw. die der Landesregierung ist verräterisch - in vier Jahren könnte es bereits vorbei sein mit den satten Mehrheiten auf allen Ebenen...!

Es gab und gibt keinerlei öffentliche Diskussion mit der Bevölkerung zum Thema Pro oder Contra Schiene in Oberberg!

Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, dass diese Diskussionen auf Seiten der CDU ohnehin nie gewollt waren. So gibt es keine transparente Verkehrspolitik, sondern nur häppchenweise gut verdauliche Informationen auf Sparflamme für die Bevölkerung in Oberberg. Wir sitzen in der ersten Reihe aber sollen nur mit einem Auge sehen!

In Bergneustadt wird eine Reaktivierung der Bahn dann nie mehr möglich sein. Somit ist dort die Option der Trassensicherung die Minimallösung! Dabei gibt es für die Strecke Bergneustadt - Dieringhausen ein Gutachten, das die Wirtschaftlichkeit mit dem Faktor 1 bewertet! Trotzdem soll sie aus dem Bedarfsplan herausfallen. Auch zur Wiehltalbahn liegt ein ernst zu nehmendes Gutachten vor.

Die Grünen im Regionalrat haben den IGVP (Integrierte Gesamtverkehrsplan NRW) sowie sämtliche Änderungen bei den Schienenprojekten abgelehnt. Der Grund liegt darin, dass die Schienenvorhaben nicht nach der gleichen Systematik wie die Straßenpro-

jekte behandelt und bewertet wurden. Diese führten zu schlechteren Bewertungsergebnissen im direkten Vergleich Straße – Schiene. Verkehrsminister Oliver Wittke erklärte dazu bereits im Dezember 2005, dass es einen prinzipiellen Vorrang für die Schiene allein nicht mehr geben wird und wies dabei auf die begrenzten finanziellen Mittel hin. Mit dieser Aussage steht der Minister im Widerspruch zu den Zielen des IGVP-Gesetzes, denn im §2 Ziffer 1. IGVP-G ist der Vorrang für den Öffentlichen Nahverkehr ÖPNV festgeschrieben. Somit hält sich das von Verkehrsminister Wittke geführte Ministerium für Bau, Wohnen und Verkehr ausdrücklich nicht an die im Gesetz (2. Modernisierungsgesetz vom 09.05.2000, Art. 9. Gesetz zur Integrierten Gesamtplanung) formulierten Grundsätze und Ziele.

Die Menschen in Oberberg werden die von der Landesregierung geplanten Schritte in den nächsten Jahren und erst recht langfristig schmerzhaft zu spüren bekommen. Ohne Not sollen Optionen für die Zukunft endgültig und im wahrsten Sinne des Wortes "verbaut" werden. Die Folgen dieser kurzsichtigen und verantwortungslosen Politik werden die Menschen als Vorgeschmack schon kurzfristig zu spüren bekommen, wenn die A 4 demnächst für mehrere Monate gesperrt wird...

Staus auf den Autobahnen und Fernstraßen nehmen weiter zu, Güter können nicht fristgerecht angeliefert werden, die Firmen ihre Waren nicht mehr rechtzeitig an ihre Kunden liefern und sind somit im Nachteil gegenüber der Konkurrenz in anderen Regionen, die nicht dieser vorsintflutlichen Politik anhängen. Weiter und massiv steigender Auto- und LKW-Verkehr auf den Straßen und die damit einher gehende Belastung der Menschen sind die Folgen, ganz zu schweigen von den zu erwartenden Klimafolgen durch den ständig zunehmenden Verkehr.

Stattdessen hat die "Vordenkerin" der CDU, die IHK in Oberberg (deren personelle Verflechtungen im übrigen sattem bekannt sind!), die (propagandistische) Vorarbeit zur Entwidmung der Trassen geleistet. Gebetsmühlenartig werden die Trassen als Blockade für die Wirtschaft dargestellt - Als ob die Entwicklung der oberbergische Unternehmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze eine Frage von Erhalt oder Nichterhalt dieser vier Bahntrassen wäre!

Wirtschaft umfasst nicht nur das produzierende Gewerbe, sondern in zunehmendem Maße auch Dienstleistungsunternehmen und eben auch den Tourismus, den die IHK vor wenigen Jahren noch als eine der wenigen verbliebenen Wachstumsbranchen ausgemacht hatte. Herr Lessenich sollte sich mal in anderen Regionen umhören, welche Bedeutung die Erreichbarkeit einer Region auf der Schiene für den Tourismus wie für die produzierende Wirtschaft haben kann statt sich als politischer Geisterfahrer an die Spritze der Bewegung gegen die Bahn zu stellen.

Im Verbund mit den oberbergischen Kommunen den sanften Tourismus auszubauen, dass sollte Ziel der Politik des Kreises und aller anderen Akteure in Oberberg sein! Dabei gilt es dann auch, durch zukunftsweisende Tourismuskonzepte in Verbindung mit Bahnstrecken neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zu schaffen.

Wir werden dem Kahlschlag nicht tatenlos zusehen!

René Bongartz für den Kreisvorstand

Bettina Fuhg, sachkundige Bürgerin in der Verkehrskommission des Regionalrates Köln und Fraktionsvorsitzende im Rat Bergneustadt